

Haushaltsrede 2014

des Vorsitzenden der SPD-Fraktion
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Jürgen Rolle

am 16. Dezember 2013

in Köln

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Prof. Wilhelm,
 liebe Frau LVR-Direktorin Ulrike Lubek,
 sehr geehrter Herr Landesdirektor Kirsch,
 liebe Kolleginnen und Kollegen,
 sehr geehrte Damen und Herren !

In unserer Arbeitswelt hat der technische Fortschritt zunehmend zu einer Verdichtung und Beschleunigung der Arbeit geführt.

Die Tätigkeiten werden immer differenzierter und die abverlangte Flexibilität steigt. Handy, Smartphone, Notebook oder Tablett-PC „sichern“ unsere ständige Erreichbarkeit und den jederzeitigen Abruf von Informationen.

Durch elektronische Kommunikation wird die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit immer stärker verwischt. Dies trifft natürlich auch auf den LVR zu und das bedeutet, dass auch beim LVR das Thema „Work-Life-Balance“, eine Balance zwischen dem Arbeits- und Privatleben an Bedeutung gewinnt.

Diese Balance, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit dient der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und erhöht ihre Chancen für eine längere Berufstätigkeit. Der LVR hat hier schon beachtliches geleistet! Beispielhaft genannt seien hier die zahlreichen Teilzeitmodelle, flexible Arbeitszeiten sowie die Möglichkeiten im Bereich Heim- und Telearbeit. Trotzdem denke ich, hier tut es uns gut, einmal innezuhalten und unser Verhalten zu prüfen.

Wenn eine Firma wie VW, Europas größter Autobauer, seine Beschäftigten in „Ruhe lässt“, indem eine halbe Stunde nach Feierabend der e-mail-Server abgeschaltet wird, e-mails also nicht mehr weitergeleitet werden, wird das seinen Grund haben.

Entschleunigung ist also das Gebot der Stunde und nicht weitere Arbeitsverdichtung, wie im Benehmensverfahren zum Haushalt von einem niederrheinischen Landrat gefordert wurde. Und ich bin sehr sicher, dass die Herren vom Scheidt und Berg uns hier sehr gute Konzepte für den LVR vorlegen werden.

Ein Thema, an dem wir dran bleiben müssen!

Denn nur zufriedene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen einen guten Job. Und das ist sehr wichtig in diesen Tagen, haben doch die uns anvertrauten Menschen im Rheinland einen Anspruch darauf, dass das Motto „Qualität für Menschen“ nicht nur für die Menschen **außerhalb des LVR, sondern auch für die Menschen innerhalb des LVR gelten muss!**

Wie man Entschleunigung gründlich missverstehen kann, zeigt das Verhalten der größten Fraktion im Hause während der Haushaltsberatungen: Aus meiner Sicht ist es erbärmlich, wenn eine Fraktion dieses Verbandes, immerhin mit einem Haushaltsvolumen von weit über 3 Milliarden Euro, eine Diskussion zu den anstehenden sozial- und kulturpolitischen, gesundheits- und schulpolitischen Fragen nicht in den Fachausschüssen diskutieren will und sich bei Abstimmungen durch **Entschleunigung**, d.h. „Nichtteilnahme“ schlichtweg verweigert.

Ja kann es denn Ihr Ernst sein, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, dies allein den Finanzpolitikern zu überlassen? Wo bleibt die eigene Kompetenz? Die Fachlichkeit? Warum bringen Sie Ihre fachlichen Initiativen so spät ein, dass sie gar nicht mehr fachlich diskutiert werden können.

Wir brauchen sie als starke, fachlich meist kompetente Opposition, auch in den nächsten Jahren, denn nur die faire Auseinandersetzung schärft und klärt unsere fachlichen Positionen.

Ich hoffe da sehr auf Ihre Bereitschaft, dies wieder zu beschleunigen.

Dass es auch völlig anders gehen kann, zeigt u.a. das sehr konstruktive Verhalten der CDU-Fachpolitiker im Zusammenhang mit der umstrittenen Einführung der sog. „Kindpauschale“, denn: Es war richtig, in den 80ern die Heilpädagogischen Einrichtungen zu schaffen, damit behinderte Kinder nicht mehr versteckt werden, sondern Teil des sozialen Bildungsraumes werden und wie andere Kinder eine Einrichtung besuchen.

Es war richtig, in den 90ern die integrative Gruppe als Nachfolgemodell der Heilpädagogischen Einrichtung zu installieren, damit der Prozess der Zusammenführung von behinderten und nicht behinderten Kindern vorankam.

Inklusiv aber heißt ganz klar: **Jedes** Kind kann in **Jede** Einrichtung, und an der Stelle stehen wir hier und heute.

Diejenigen, die dem LVR vorhalten, er wolle die gute Therapie in unseren Kitas mit integrativen Gruppen kaputt und die Therapeuten arbeitslos machen, wollen nicht verstehen, worum es geht.

Richtig ist, wenn jedes Kind in jede Einrichtung gehen kann, wird kein Stück weniger Therapie gebraucht. Denn an der therapeutischen Versorgung wollen wir nichts, gar nichts verändern.

Richtig ist aber auch, dass die vorhandenen Therapeuten nicht mehr in jedem Fall Teil eines Kita-Teams sind. Sie werden möglicherweise die gleiche Anzahl von Kindern in mehreren Einrichtungen behandeln müssen.

Das sind ganz normale „inklusionsbedingte“ Veränderungsprozesse.

Und das müssen wir den Eltern, Kindern, Trägern, Jugendämtern und Therapeuten erläutern! Und das werden sie verstehen, denn das wissen wir aus vielen Gesprächen am Rande der dazu durchgeführten Veranstaltungen.

Und ich bin froh, dass wir den Beschluss zur Kindpauschale mit den Stimmen fast aller Fraktionen in der Landschaftsversammlung Rheinland gefasst haben und an diesem Ziel zum Wohle der Kinder gemeinsam gearbeitet haben. Vielen Dank an alle Beteiligten, insbesondere auch an Bernd Tondorf, Lorenz Bahr, Stephan Schnitzler und Sebastian Stachelhaus. Schade, dass sich die LINKE aus dem Prozess – populistisch - ausgeklinkt hat.

Ich **weiß**, dass noch vor kurzem das Landesjugendamt den Trägern untersagt hat, mit freien Praxen zusammen zu arbeiten und darauf **bestand**, dass Therapeuten eingestellt werden. Ja es wurde die Finanzierung der KiTa-Gruppe davon abhängig gemacht.

Natürlich haben wir damit Verantwortung übernommen, insbesondere für die Therapeuten.

Aber meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht angehen, dass die therapeutischen Leistungen in Westfalen von den Krankenkassen übernommen werden und hier im Rheinland unser Verband alleine für die Finanzierung verantwortlich sein soll?

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht nicht!

Und ich sage das hier nochmal, ich werde mich als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses persönlich in diesen Prozess der Verhandlungen einbringen. Und ich habe die Ministerpräsidentin gebeten, uns dabei zu helfen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Ich bin sicher, dass am Ende auch im Rheinland ein Rahmenvertrag mit den Kassen abgeschlossen wird, der Trägern, Therapeuten und Eltern die Angst vor dieser Veränderung der Förderstruktur im Rheinland nimmt.

... und was das Thema „Angst nehmen“ anlangt, gilt mein besonderer Dank dem Mitglied des LJHA – Frau Schmidt-Promny, die – sozusagen aus der aktuellen Situation heraus – nach der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes im Landschaftsausschuss mit über 100 Gästen spontan eine Beratungssituation in einem Nebenraum schuf und vielen der Demonstranten durch aufklärende fachkompetente Beratung sehr geholfen hat – Danke dafür !

... Dass dies auch durch die Verwaltung des Landesjugendamtes hätte geleistet werden können, steht auf einem ganz anderen Blatt !

Ich weiß sehr wohl, wie schwer es diesem Fachbereich gefallen ist ... und noch fällt ... vom Modell der integrativen Gruppe nur ein bisschen loszulassen und sozusagen dieses

„Alleinstellungsmerkmal“ integrativer Politik für das Rheinland Schritt für Schritt aufgeben zu müssen. Diesem Umstand sind sicherlich viele Ungereimtheiten der letzten Jahre zwischen Politik und Verwaltung in diesem Bereich geschuldet.

Andererseits konnten wir mit der Verwaltung dann doch gemeinsam einen sozusagen „historischen“ Moment feiern, am 04.12.13 in Münster.

Historisch, weil es seit fast 30 Jahren unterschiedliche Förderbedingungen für die Betreuung von Kindern mit Behinderung im Rheinland und Westfalen gibt. In der gemeinsamen Sitzung beider Landesjugendhilfeausschüsse an diesem Termin konnten die Förderbedingungen weitestgehend harmonisiert werden.

Ein großer Erfolg, dem ein fast einjähriger Prozess der langsamen Annäherung beider Landesjugendämter, soz. der „Tanz der Panda-Bären“, vorausging und – nach fast 30 Jahren - im „Frieden von Münster“ mit großer Übereinstimmung endete.

Und ich denke, auch das rheinische Landesjugendamt hat mittlerweile festgestellt (und wird es hoffentlich weiter tun), dass nicht **alles**, was aus Westfalen kommt, des „Übels“ ist was z.B. die Verwaltungsspitze dieses Hauses bestens unter Beweis stellt!

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang: Die Kindertagespflege!

Immerhin handelt es sich bei der Kindertagespflege um eine gleichrangige Betreuung.

Zwar erhalten Kindertagespflegepersonen für jedes Kind eine Pauschale, eine Differenzierung zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern gibt es hier aber nicht.

Vor Ort gibt es unterschiedliche Regelungen, einige Jugendämter zahlen extra, die meisten leider nicht.

Wir werden uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen.

Wir sollten in Analogie zur Kindpauschale eine Regelung treffen, die für einheitliche Verhältnisse im Rheinland sorgt!

Das Thema Therapeuten werden wir auch für den Schulbereich anpacken müssen. Und auch hier bin ich zuversichtlich!

Wir wollen im Ergebnis das gleiche wie im KiTa-Bereich → Jedes Kind soll an jeder Schule beschulbar sein.

In diesem Zusammenhang gratuliere ich Uli Wontorra zu dem geplanten Projekt der Kooperation von einer LVR-Schule mit einer Realschule in Köln-Müngersdorf.

Aber das ist natürlich nur ein Anfang.

Und wenn wir uns die Berichterstattung rund um die Änderung des

9. Schulrechtsänderungsgesetzes anschauen, wird doch eins klar:

Alle – Schulen, Träger, Eltern, Kommunale Spitzenverbände, Lehrer, die Kommunen sind **ratlos**.

Und da frage ich Sie, wer könnte ein kompetenterer Berater für all diese Menschen sein, wenn nicht der jeweilige Landschaftsverband!

In diesem Sinne sollten wir uns anbieten, um diese wichtige Aufgabe im Land zu übernehmen. Wir sollten dem Zweck des überregionalen Verbandes entsprechend finanziellen und fachlichen Ausgleich schaffen und einheitliche Standards setzen.

Unserem neuen Fachbereichsleiter Peter Anders und seinen Mitarbeitern wünsche ich hierbei eine gute Hand und viel Erfolg.

Aber auch wir Politiker sollten auf allen Ebenen versuchen, die hohe Qualität unseres Know-how an die Entscheidungsträger im Land, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen zu übermitteln.

Dass wir dies können und die notwendigen Kompetenzen besitzen, beweist die eindrucksvolle Entwicklung des Sozialdezernates.

Hier wurde in den zurückliegenden Jahren erhebliches geleistet, um inklusive Lebensverhältnisse weiterzuentwickeln und Menschen mit und ohne Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Mit dem von uns schon seit vielen Jahren eingeschlagenen Weg „ambulant vor stationär“ stehen wir bundesweit an der „Spitze der Bewegung“.

Dies hat für die Betroffenen zu einer erheblichen Steigerung Ihrer Lebensqualität geführt; für uns, den LVR, d.h., die kommunale Familie, sind hiermit gleichzeitig erhebliche finanzielle Vorteile verbunden. Gerade in diesem Bereich hat sich bestätigt, wie wichtig **Prävention** ist. Für die im Rheinland erfolgreich angestoßenen Entwicklungsprozesse war es wichtig, im Rahmen von Modellprojekten auch finanzielle Anreize für die Akteure zu schaffen. Und ich bin mir sicher, dass auch mit dem im Jahr 2012 auf den Weg gebrachten Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote weitere Entwicklungsschritte hin zu inklusiven Sozialräumen im Rheinland maßgeblich unterstützt werden.

Und, meine Damen und Herren von CDU und Freien Wählern: Wir halten an dieser Politik der Prävention fest,
weil sie weitsichtig ist,
weil sie im Interesse der Menschen ist und
weil sie am Ende auch noch hilft, Geld der kommunalen Hand zu sparen.

Und darüber hinaus wollen wir uns auch als Arbeitgeber aktiv in den Prozess einbringen. Wir sind gespannt, wie die Verwaltung unseren Antrag umsetzt und verstärkt einfach strukturierte Tätigkeiten als integrierte Werkstattarbeitsplätze anbieten wird.

Das sind Gelegenheiten, wo ein Verband wie der LVR und seine Eigenbetriebe einfach mit gutem Beispiel vorangehen müssen und das werden sie auch tun!

Sehr geehrte Damen und Herren, trotz aller bisher erreichten Zielsetzungen sind auch in diesem Aufgabenbereich noch viele Barrieren zu überwinden, bis wir tatsächlich von inklusiven Lebensverhältnissen sprechen können.

Hierzu benötigen wir dringend die Reform der Eingliederungshilfe. Neben den fachlichen Inhalten, wie beispielsweise die Zulassung anderer Anbieter neben den Werkstätten, ist die schon seit langem geforderte Bundesbeteiligung an den Leistungen der Eingliederungshilfe ein unverzichtbarer Bestandteil eines Reformprozesses und wird durch die Umsetzung des aktuellen Koalitionsvertrages jetzt auch hoffentlich zügig vorangebracht.

Stichwort „Reformprozess“

Dass wir mit dem noch von Ulrike Lubek eingeleiteten Reformprozess unserer Kliniken, d.h., dem strikten Dezentralisierungsprogramm genau richtig lagen, macht folgende Veröffentlichung des Deutschen Krankenhausbarometers des Deutschen Krankenhausinstituts deutlich.

Danach schrieben 2012 über 50 Prozent der Kliniken rote Zahlen. Damit reichen im Jahr 2012 bei weiteren 20 % der Krankenhäuser in Deutschland die Einnahmen nicht mehr aus, die Kosten zu decken.

Demgegenüber ist der LVR-Klinikverbund mit seinen zehn LVR-Kliniken und der Krankenhauszentralwäscherei wirtschaftlich insgesamt gut aufgestellt. Bei einem Umsatz von rund 590 Mio. € sehen die Wirtschaftspläne 2014 einen Überschuss von rd. 5,8 Mio. € vor.

Und dies bei einer nahezu optimalen Personalausstattung von fast 100% PsychPV.
Herzlichen Glückwunsch liebe Martina Wenzel-Jankowski, an Sie und Ihr Team der Verbundzentrale, und natürlich auch an die Vorstände der Kliniken.

Uns geht es darum, die gute Qualität der psychiatrischen Behandlung in unseren Kliniken zu erhalten. Aus unserer Sicht ist diese nicht gegeben, wenn mit zunehmender Verweildauer die

Vergütung sinkt und wenn die schwierige Aufgabenstellung der Pflicht- und Vollversorgung im Vergütungssystem nicht abgebildet ist. Qualität braucht eine auskömmliche Finanzierung!
Wir sind deswegen sehr froh darüber, dass PEPP in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene kritisch diskutiert wurde.

Wir als SPD-Fraktion werden uns weiter nachdrücklich für ein Vergütungssystem einsetzen, das schwer psychisch Kranke nicht von Behandlung und Versorgung ausgrenzt, die Pflichtversorgung gewährleistet und eine sektorübergreifende Behandlung fördert, die diesen Namen auch verdient. Ziel muss es sein, das neue Entgelt so zu entwickeln, dass alle Menschen jederzeit umfassend stationär, ambulant und gemeindeintegriert versorgt werden können.
Psychisch Kranke dürfen nicht die Leidtragenden eines falsch konstruierten Vergütungssystems sein!

Der LVR-Klinikverbund hat in seinem dreitägigen Symposium im Januar dieses Jahres eindrucksvoll unter Beweis gestellt, welches fachliche Potential er zu bieten hat. Diese Stärke des Verbundes muss mehr als bisher für Projekte zur Verbesserung der Behandlungs- und Versorgungsqualität genutzt werden! Wir ermuntern Sie, Frau Wenzel-Jankowski, daher ganz ausdrücklich auf diesem Weg, auch mit neuen, unkonventionellen Lösungen voranzuschreiten!

An der Stelle noch ein Hinweis auf unseren ergänzten KiPE-Antrag.
Das von uns initiierte Modellprojekt fand in fast allen Mitgliedskörperschaften Träger und Anschlussfinanzierungen.

Es ist ein weiteres Projekt „Präventiven Tuns“ und wer 1+1 zusammen rechnen kann weiß, dass es hilft, den Kommunen sehr sehr viel Geld zu sparen. Denn die Alternative wäre eine kostenintensive stationäre Unterbringung der betroffenen Kinder.

Bei insgesamt drei Mitgliedskörperschaften finden Verhandlungen auf den unterschiedlichsten Ebenen noch statt. Wir wollten verhindern, dass wegen ein paar Monaten, die dort noch gebraucht werden, die Projekte sterben.

Ich bin sicher, dass wir in allen Fällen bis zum Mai eine Lösung gefunden haben und danke daher ausdrücklich allen Fraktionen für ihre Zustimmung.

Wie immer zum Schluss noch ein paar Worte zum Bereich Kultur.

Für die Denkmal- und Bodendenkmalpflege stellt die konkrete Ausgestaltung des neuen Denkmalschutzgesetzes NRW eine große Herausforderung dar. Auf Grundlage eines intensiven Dialogs mit dem zuständigen Bauministerium und den politischen Gremien konnte für die Bodendenkmalpflege eine auskömmliche Zuschussfinanzierung durch das Denkmalförderungsprogramm erreicht werden.

Und ich weiß, dass Milena Karabaic sich persönlich sehr intensiv bei den Verhandlungen mit dem Land engagiert hat.
Hierfür herzlichen Dank!

Als wichtigen Beitrag des LVR in der kommunalen Familie möchte ich die kulturellen Netzwerke, die trotz begrenzter Ressourcen weiter vorangetrieben werden, hervorheben:

Die Realisierung des „Zentrums für verfolgte Kunst in Solingen“ dauert noch an und wird nicht wie erhofft in 2013 umgesetzt werden. Hinweis hierzu:

Die „verfolgte Kunst“ verfolgt den LVR jetzt schon seit 9 Jahren. Dieses Thema kostet Arbeitszeit, Nerven und Kapazität der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ... und dieses Thema strapaziert die Geduld und den guten Willen auch der politisch Verantwortlichen bis zum Äußersten.

Ich glaube nicht, dass die Kraft **aller** Beteiligten unerschöpflich ist.

Erfreulich ist im Gegensatz hierzu die weitere Entwicklung des Netzwerkprojektes auf Vogelsang. Die Zusammenarbeit mit den örtlichen Partnern ist produktiv und verlässlich, die Baumaßnahmen auf dem Gelände der Ordensburg Vogelsang und die Realisierung der dort geplanten NS-Dokumentationsausstellung sind auf gutem Weg.

Als verlässlicher Partner gegenüber den Kommunen hat der LVR auch beim Museum Zinkhütter Hof in Stolberg entgegenkommen gezeigt und es in die Lage versetzt, den Museumsbetrieb in bewährter Weise fortzusetzen.

Auch als Partner des Landes NRW ist dem LVR ein weiterer großer Wurf gelungen: das Preußen-Museum Wesel wird ein Museum des LVR werden. Die geplante inhaltlich-konzeptionelle Neuorientierung mit der Perspektive eines LVR-Museums zur Geschichte des Niederrheins lassen auf ein weiteres Erfolgsmodell der Netzwerkarbeit des LVR hoffen.

Und nun zu unserem ambitioniertesten Netzwerkprojekt mitten im Herzen von Köln. Nachdem der LVR hier das Heft des Handelns in die Hand genommen hat, konnten schnell und konsequent die Voraussetzungen zur Errichtung und Betrieb der Archäologischen Zone / des Jüdischen Museums geschaffen werden. Die geschlossene Rahmenvereinbarung zur Kooperation zwischen der Stadt Köln und dem LVR bietet eine gute Grundlage, die die Partner in die Lage versetzt, dieses bedeutende Projekt gemeinsam umzusetzen.

Für ihren engagierten Einsatz – gegen den permanenten Widerstand der größten Oppositionspartei hier im Haus – sei hier der Landesdirektorin Ulrike Lubek, der Kulturdezernentin Milena Karabaic und auch dem Präsidenten, Jürgen Wilhelm, herzlich gedankt!
Auf die weitere Entwicklung dieses einzigartigen Projektes sind wir sehr gespannt! Der LVR hat an der Stelle seine Hausaufgaben gemacht!

Zum Abschluss!

Renate Hötte, die uns über den Veränderungsnachweis einen soliden Haushalt vorgelegt hat, sei herzlich gedankt, ebenso wie dem gesamten Team aus der Kämmerei, angeführt von Herrn Soethout.

Eine Entlastung der Kommunen um über 21 Mio. Euro, eine Sicherung der Ausgleichsrücklage über die Bedarfsumlage – das sind Maßnahmen, die für solide Haushaltspolitik stehen und denen wir gerne zustimmen werden.

Konsolidierung und Planungssicherheit für die Mitgliedskörperschaften prägen den Haushaltsentwurf 2014! Und wenn nun noch die Entlastung über das Bundesteilhabegesetz folgen sollte, wäre das zweifelsohne ein Gewinn für die gesamte kommunale Familie!

Sehr geehrte Damen und Herren,
dies ist meine letzte Haushaltsrede ... - in dieser Wahlperiode – und sie wäre nicht vollständig ohne einen Hinweis auf unser 60-jähriges Bestehen in diesem Jahr. Das und wie sich der LVR in diesem Jahr präsentiert hat – auf dem Fest der Begegnung in Köln und der Jubiläumsveranstaltung in Münster, war eine (neudeutsch) sehr gelungene „Performance“, eine tolle Werbung für uns im Rheinland insgesamt.

Dafür – und für den dazu erforderlichen Einsatz, der weit über das Maß des Normalen hinaus ging, danke ich sehr der Pressestelle (Leitung Frau Bayer), dem Amt für Repräsentation (Frau Eichhorn-Thiel), allen Vorzimmern und Referentinnen und Referenten und der Landesdirektorin und ihrem Vorstandsteam.

Und Dank auch an den Vorsitzenden unserer Landschaftsversammlung, Professor Jürgen Wilhelm, für seinen umfassenden Beitrag dazu im jüngsten „Eildienst des Landkreistages“ unter **Lebendig, Vielseitig, Richtungsweisend = LVR**.
Das habt Ihr alle klasse hingekriegt!

60 Jahre Landschaftsverbände bedeutet auch – zum Leidwesen einiger – 60 Jahre SPD im LVR.

Auch wenn das diesjährige Leitthema des Bundestagswahlkampfes der SPD:

- Das Wir entscheidet –

z.B. von den Jusos umformuliert wurde in

- Das Bier entscheidet –,

hat es in den letzten 60 Jahren SPD im LVR viele sehr nüchterne, kluge Entscheidungen zu Gunsten der Menschen im Rheinland gegeben.

Eine der klügsten – aus meiner Sicht – war die, vor 9 Jahren zum Bündnis mit FDP und Grünen, der sog. Gestaltungsmehrheit.

Ich danke unseren Partnern sehr für die gute, manchmal sachbezogen kontroverse, aber immer (immer) konstruktiv-wertschätzende Zusammenarbeit. Wir haben gemeinsam viel geschafft.

Und SPD-seitig wäre dies nicht gelungen ohne Thomas Böll und Leila Soumani, die im Herz der Fraktion sozusagen den Takt halten.

Danke Euch sehr dafür !

60 Jahre SPD im LVR wird auch in Zukunft weiterhin heißen:

- sich mit Augenmaß, Verstand und Herz um diejenigen Menschen kümmern, die unsere Unterstützung brauchen und gleichermaßen

- in Natur, Umwelt/Kultur die Dinge zu erhalten, die unser aller Wertschätzung verdienen.

Dafür steht die SPD-Fraktion im LVR und dafür stehe ich !

... und der Jahreszeit entsprechend schließe ich mit Erich Kästner:

Zum Neuen Jahr

„Wird's besser? Wird's schlimmer?

fragt man alljährlich. Seien wir ehrlich:

Leben ist immer lebensgefährlich!

In diesem Sinne

Herzlichen Dank!